

Stand: 10.02.2026 19:50:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11611

"Gebäudebegrünung für ein gutes (Wohn)Klima in Städten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11611 vom 01.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13101 des WI vom 14.07.2016
3. Beschluss des Plenums 17/13402 vom 13.10.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016



Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Martin Stümpfig BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gebäudebegrünung für ein gutes (Wohn)Klima in Städten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Gebäudebegrünung in der Landesbauordnung zu verankern. Dafür wird Artikel 7, Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung „Nicht überbaute Flächen der bebauten Grundstücke“ um folgenden Satz ergänzt: „Ist eine Begrünung oder Bepflanzung der Grundstücke nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich, so sind die baulichen Anlagen zu begrünen, soweit ihre Beschaffenheit, Konstruktion und Gestaltung es zulassen und die Maßnahme wirtschaftlich zumutbar ist.“

Begründung:

Als Teil einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Stadtentwicklung sind begrünte Gebäude aus der modernen Stadtplanung nicht mehr wegzudenken. Städte stehen vor der Herausforderung, neben den CO₂-senkenden Klimaschutzmaßnahmen auch Maßnahmen zur Anpassung an die unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels zu ergreifen. Schon heute wirkt sich der Klimawandel, mit steigender Tendenz negativ auf die Städte aus. Dürre- und Hitzeperioden werden häufiger, ebenso wie Starkregenereignisse und Überschwemmungen. Hinzu kommt, dass die Luftqualität in den Städten oft sehr viel schlechter ist als in ländlichen Regionen. Auch der hohe Lärmpegel ist in den Städten häufig ein Problem. Der stetige Zuzug in die Städte sorgt zudem für mehr Flächenversiegelung. Durch Nachverdichtung und der dadurch beschränkten Möglichkeit weitere Grünflächen auszuweisen, werden sich die Effekte jedoch noch verschärfen. Begrünte Dächer und Fassaden können diese komplexen Probleme zwar nicht gänzlich lösen, aber einen wichtigen Beitrag zu ihrer Entschärfung leisten. Gebäudebegrünungen wirken dabei wie natürliche Klimaanlagen und Luftverbesserer und wirken sich dadurch positiv auf das Stadtclima aus. Durch Gründächer entsteht die Möglichkeit, ohne zusätzliche Grundstückskosten weitere Nutzflächen – beispielsweise zum Gärtnern, für Freizeit und Erholung – zu schaffen. Begrünte Häuser bieten darüber hinaus Lebensraum für zahlreiche Pflanzen und Tiere und können bei Starkregenereignissen den Wasserabfluss verzögern. Begrünungsmaßnahmen tragen damit maßgeblich zum Klimaschutz bei, erhöhen die Artenvielfalt, steigern die Arbeitsplatz- und Lebensqualität sowie das Wohlbefinden der Einwohnerinnen bzw. Einwohner und werten die Wohnqualität bestehender Quartiere langfristig auf.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs. 17/11611

Gebäudebegrünung für ein gutes (Wohn)Klima in Städten

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Stümpfig**
Mitberichterstatter: **Dr. Otmar Bernhard**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 51. Sitzung am 30. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 56. Sitzung am 14. Juli 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Verena Osgyan, Dr. Sepp Dürr, Martin Stümpfig**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drs. 17/11611, 17/13101

Gebäudebegrünung für ein gutes (Wohn)Klima in Städten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2016 (Vf. 12-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 19 Abs. 1 Satz 2 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBl. S. 116, BayRS 2232-3-K), die zuletzt durch § 3 der Verordnung vom 1. Juli 2016 (GVBl. S. 193) geändert worden ist
PII/G 1310.16-0008
Drs. 17/13062 (E)
- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 31. August 2016
(Vf. 11-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
des § 2 Abs. 1 und des § 3 Abs. 1 der Parkgebührenverordnung der Gemeinde
Schönau a. Königssee vom 23. März 2009
PII/G 1310.16-009
Drs. 17/13064 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gebäudebegründung für ein gutes (Wohn)Klima in Städten
Drs. 17/11611, 17/13101 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	A	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umweltgutachten 2016 – Vorreiterpolitik für eine ökologische Transformation
im Agrarbereich umsetzen
Drs. 17/11612, 17/13123 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung –
Meisterbonus auch nach 2016
Drs. 17/11715, 17/13102 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wohnraumschaffung durch Bestandssanierungen im ländlichen Raum
im Rahmen des Wohnungspakt Bayern stärken
Drs. 17/11719, 17/13103 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Nahversorgung sichern IV:
Kommunale Einzelhandelsgutachten fördern
Drs. 17/11755, 17/13104 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Mindestpersonalschlüssel an Universitätskliniken in Bayern einführen!
Drs. 17/11816, 17/13116 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sofortige Unterstützung für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
Drs. 17/11832, 17/13020 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Klaus Holetschek, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
Osteopathiegesetz für Rechtssicherheit bei den Leistungserbringern
Drs. 17/11923, 17/13155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Kerstin Schreyer-Stäblein, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU
Studie zur sozioökonomischen Bedeutung der medizinischen Rehabilitation in Bayern
Drs. 17/11925, 17/13110 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Ingrid Heckner, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Wohnungsbau stärken, mehr Staatsbedienstetenwohnungen
Drs. 17/11943, 17/13112 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Otto Hünnerkopf, Dr. Franz Rieger u.a. CSU
Buchungs- und Reiseportale – Verbraucherschutz durch Transparenz
Drs. 17/12009, 17/12033 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>